3 **Neujahrsbotschaft von Adrian Hasler**
Regierungschef lädt Bevölkerung ein, die Zukunft mitzugestalten.

7 **Grippewelle erreicht auch Liechtenstein**
Mit dem Jahresende schneit auch die Grippe wieder ins Land.

15 **Kommende Jahre bei Octane126**
Fabienne Wohlwend neu im Ferrari
Grosse Ambitionen bei neuer Herausforderung

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Samstag, 30. Dezember 2017
140. Jahrgang Nr. 297

Heute

Tradition

Silvesterkonzert des OLW

Das Orchester Liechtenstein-Werdenberg (OLW) gibt heute im Triesner Gemeindesaal sein Silvesterkonzert zum Besten. Beginn ist um 19.30 Uhr.

Wirtschaft In Zürich reichte die Stiftung für Konsumentenschutz eine Schadenersatzklage gegen VW und Amag ein. Sie vertritt im Abgasskandal rund 6000 Autobesitzer. **Seite 13**

Sport In einer Woche geht in Malbun die Jugend-WM der Eiskletterer über die Bühne. Aus Liechtensteiner Sicht versuchen sich vier Athleten im internationalen Teilnehmerfeld so gut wie möglich zu verkaufen. **Seite 17**

Kultur Das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker wird von mehr als 50 Millionen Zuschauern in rund 90 Ländern verfolgt. Der Vorstand Daniel Froschauer plauderte aus dem Nähkästchen. **Seite 21**

Zitat des Tages

«Glauben Sie es oder nicht, der globale Klimawandel ist sehr real, auch wenn es jetzt gerade kalt ausserhalb des Trump Towers ist. So wie es immer noch Hunger auf der Welt gibt, auch wenn Sie gerade einen Big Mac gegessen haben.»

JON FOLEY
DER CHEF DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN IN KALIFORNIEN REAGIERTE VIA TWITTER AUF US-PRÄSIDENT DONALD TRUMP, DER SICH ANGESICHTS DER KALTEN WINTERTAGE ÜBER DIE GLOBALE ERWÄRMUNG LUSTIG MACHTE.

Wetter Trüb und immer wieder Schnee oder Regen.
Seite 23
1° 7°

Inhalt

Inland	2–9	Kultur	21
Ausland	12	Kino/Wetter	23
Wirtschaft	13+14	TV	24–27
Sport	15–20	Panorama	28

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz
9 771812 601006 60052

Erbprinz Alois zeigt sich offen für Diskussion über Rheinaufweitung

Kontrovers Erbprinz Alois würde es begrüssen, wenn eine breite Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Rheinaufweitung geführt würde. Das sagte er im traditionellen Neujahrsinterview mit dem «Volksblatt».

VON DORIS QUADERER

«Ich bin offen für solche Überlegungen, solange wir im Falle eines anderwärtigen Flächenbedarfes die Rheinaufweitung jederzeit auch wieder rückgängig machen können», so das geschäftsführende Staatsoberhaupt. Die Schwierigkeit werde sein, Flächen zu finden, die zu vernünftigen Kosten abgelöst werden können. «Gelingt dies aber, könnten wir ein attraktives Naherholungsgebiet schaffen, um zu baden und eine besondere Natur zu geniessen. Auf diese Art und Weise könnten wir ohne Boden zu verschenken den Wert liechtensteinischen Bodens insgesamt steigern, weil Liechtenstein noch attraktiver würde», ist Erbprinz Alois überzeugt. Auch sonst wäre es für Liechtenstein sinnvoll, Investitionen zu tätigen, die die Attraktivität des Standortes steigern würden, findet er. Dazu beitragen könnten beispielsweise auch Sportstätten, hier hielte er es jedoch für sinnvoll, wenn das Prozedere zur Bewilligung von Sportstätten etwas entschlackt würde und nur jeweils die Standortgemeinde und die Regierung darüber entscheiden müssten und nicht zusätzlich noch alle anderen Gemeinden.

Fürstliche Sammlung öfter zeigen

Auch an den Feierlichkeiten zum 300-Jahr-Jubiläum Liechtensteins wird sich die fürstliche Familie beteiligen. Es sei eine Ausstellung der Fürstlichen Sammlungen im Kunstmuseum geplant. Auch im Landesmuseum sollen Objekte aus den Fürstlichen Sammlungen gezeigt werden. Ausserdem verriet Erbprinz Alois, dass es Überlegungen gebe, die Jubiläums-Ausstellung zum Anlass zu nehmen, um wieder regelmässig grössere Ausstellungen der Fürstlichen Sammlungen in Liechtenstein zu zeigen.

Seiten 4 und 5

Silvester

Allen Lesern einen guten Rutsch ...

... und ein frohes neues Jahr, wünscht das «Volksblatt»-Team. Alles rund um den Jahreswechsel ist heute auf den Seiten 8 und 9 zu finden. (Foto: Shutterstock)

Graue Liste «Vorwürfe der Schweiz sind widersprüchlich»

BASEL/VADUZ Wegen einer Intervention Liechtensteins in Brüssel soll die Schweiz auf der «grauen Liste» der EU stehen, so haben es zumindestens mehrere Schweizer Medien Anfang Dezember berichtet. Die «NZZ» schrieb von einem «Eklat zwischen der Schweiz und Liechtenstein», andere Schweizer Medien zogen nicht minder heftig nach: So versah die Schweizerische Depeschenagentur SDA den Artikel zum Thema mit dem Titel: «Liechtenstein schwärzte die Schweiz bei der EU an» und Blick-Online schrieb gar vom «fiesen kleinen Nachbarn».

Philipp Zurkinden, Titularprofessor an der Uni Basel, wertet die Reaktionen der Schweiz gegenüber Liechtenstein nun als eher unglücklich, wie es in seinem Kommentar in der «Basler Zeitung» vom Donnerstag heisst. «Dass sich ein Staat gegen eine aus seiner Sicht ungerechtfertigte Massnahme wehrt, entspricht nichts anderem als der auch in der Schweiz immer wieder betonten Souveränität.» Dem Fürstentum als hoch geschätztem Nachbarn, der in den letzten Jahren inklusive seiner Richter und Botschafter einen exzellenten Job verrichtet hat, diesbezüglich einen Vorwurf zu machen, sei widersprüchlich – zumal Liechtenstein mit einer derartigen Reaktion der EU nicht rechnen musste, schreibt Zurkinden.

Die EU-Finanzminister hatten zwei Listen mit Steueroasen verabschiedet: eine schwarze und eine graue. Neben der Schweiz und Liechtenstein sind mehr als 40 Staaten auf Zweitgenannter aufgestellt. Diese Staaten hatten der EU Zusagen für Änderungen an ihren Steuerpraktiken gemacht. Sie müssen diese nun bis Ende 2018 umsetzen. (hm)

In Kontakt mit IS

Terrorverdächtige in Frankreich verhaftet

PARIS Französische Ermittler haben zwei Terrorverdächtige festgenommen. Sie sollen unabhängig voneinander Anschläge geplant haben. Es handelt sich um einen 21-jährigen Mann und eine 19-jährige Frau, wie am Freitag aus Pariser Justizkreisen bestätigt wurde. Nach Informationen der Zeitung «Le Figaro» wurden die mutmasslichen Islamisten vergangene Woche in Paris und Lyon aufgegriffen und in U-Haft genommen. Zwischen den beiden Verdächtigen gibt es nach Angaben aus Justizkreisen keine Verbindungen. «Le Figaro» berichtete, beide hätten in Kontakt mit Mitgliedern der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS) gestanden. Sie seien nach Angaben einer «informierten Quelle» entschlossen gewesen, ihr Vorhaben sei aber noch nicht ausgereift gewesen. (sda/dpa)

Ausblick auf 2018

Fussball-WM und Olympia im Fokus

SCHAAN Zwei grosse Sporthighlights erwarten die Fans im kommenden Jahr: Die Fussball-WM in Russland und bereits im Februar die Olympischen Spiele in Südkorea. **Seite 20**

ANZEIGE

Verlag: Liechtensteiner Volksblatt AG, Im alten Riet 103, 9494 Schaan, Telefon +423 237 51 51, Fax +423 237 51 66, verlag@volksblatt.li; **Täglich aktuelle Nachrichten:** www.volksblatt.li
Inserate: Telefon +423 237 51 51, inserate@volksblatt.li; **Aboservice:** Telefon +423 237 51 41, abo@volksblatt.li; **Redaktion:** Telefon +423 237 51 61, Fax +423 237 51 55, redaktion@volksblatt.li

Schwerpunkt Neujahrsinterview mit Erbprinz Alois

Erbprinz: «Wir müssen uns nicht überall dem Mainstream anpassen»

Gespräch Wie das Fürstenhaus das 300-Jahr-Jubiläum feiert, welche Investitionen die Regierung in Angriff nehmen sollte und wie er über Rheinaufweitung, einen islamischen Friedhof oder eine Frauenquote denkt, das alles erklärt das geschäftsführende Staatsoberhaupt, Erbprinz Alois von Liechtenstein, im grossen «Volksblatt»-Neujahrsinterview.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Durchlaucht, das Thema «300 Jahre Liechtenstein» hat uns bereits im Jahr 2017 stark beschäftigt. Plant eigentlich die fürstliche Familie auch etwas anlässlich des Jubiläums?
Erbprinz Alois: Für das 300-Jahr-Jubiläum ist eine Ausstellung der Fürstlichen Sammlungen im Kunstmuseum geplant. Ausserdem sollen weitere Objekte der Fürstlichen Sammlungen im Rahmen einer Jubiläumsausstellung im Landesmuseum gezeigt werden.

Die Familie selbst feiert nicht? Die Vereinigung der Grafschafen Schellenberg und Vaduz zum Reichsfürstentum ist ja in der Familienhistorie doch ein entscheidender Meilenstein.
Die Familie wird wahrscheinlich wie schon bei bisherigen, mit dem Land gemeinsamen Jubiläen primär mit der Bevölkerung feiern. Ich könnte mir aber vorstellen, dass allfällige neue Erkenntnisse aus der historischen Aufarbeitung dieses Jubiläums auch familiengeschichtlich interessant sind und bei einem nächsten Familienanlass den Familienmitgliedern noch besonders vorgestellt werden.

Eingebettet in die Jubiläumsfeierlichkeiten wird es also eine Ausstellung im Kunstmuseum geben. Warum gibt es eigentlich keine permanente, grössere Ausstellung der fürstlichen Sammlungen in Liechtenstein? Das würde ja die Attraktivität von Liechtenstein für Touristen deutlich steigern.
Eigentlich gibt es ein ständiges Angebot von Seiten des Fürstenhauses, die Sammlungen im Rahmen grösserer Ausstellungen im Land zu präsentieren. In den letzten Jahren hat es aus verschiedenen Gründen nur selten solche Ausstellungen gegeben. Es gibt aber Überlegungen, die Jubiläums-Ausstellung zum Anlass zu nehmen, um wieder regelmässig grössere Ausstellungen der Fürstlichen Sammlungen in Liechtenstein zu zeigen.

> «Es gibt Überlegungen, (...), wieder regelmässig grössere Ausstellungen der fürstlichen Sammlungen in Liechtenstein zu zeigen.»

Bisher hat bezüglich des Jubiläums insbesondere die Diskussion um die Hängebrücke die Öffentlichkeit bewegt. Nach dem Nein in Balzers machte sich insbesondere unter den Vorstehern eine gewisse Ernüchterung breit. Wenn man die Leserbriefe und Online-Kommentare durchlas, dann beschlich einen das Gefühl, dass es da nicht um die Hängebrücke ging, sondern darum, der Politik für die Sparmassnahmen der letzten Jahre den Finger zu zeigen. Wie schwierig ist es, vom Sparmodus wieder in den Investitionsmodus zu kommen?
Ich glaube, dass dieser Wechsel dort schwer ist, wo ein grösserer Teil der Bevölkerung das Gefühl hat, dass nur wenige von einer Investition profitieren werden. Ich denke aber schon, dass es gelingen wird, Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Die Frage ist, was das für Projekte sind. Wenn man derzeit die politischen Agenden anschaut, dann sieht man derzeit keine grossen Reformen, die anstehen. Wo müsste es aus Ihrer Sicht jetzt vorwärtsgehen?
Da die digitale Infrastruktur immer wichtiger für den Standort wird, sollten wir in nächster Zeit in die Leistungsstärke, die Stabilität und die Sicherheit der digitalen Infrastruktur investieren. Gedanken sollten wir uns auch weiterhin für den Verkehrsbereich machen. Ansonsten sind dort Investitionen gefragt, wo sie die Lebensqualität und die Standortattraktivität Liechtensteins verbessern.

Können Sie da ein Beispiel nennen?
Derzeit wird beispielsweise diskutiert, inwieweit Investitionen im Bereich der Sportstätten zur Standortattraktivität beitragen. Ein anderer Bereich sind Investitionen in die Umwelt, wie das momentan auch diskutierte Thema Rheinaufweitung. Bei der Diskussion dieser Investitionen sollten wir uns insbesondere die Frage stellen, zu welchen Folgekosten sie führen und inwieweit sie Liechtenstein insgesamt attraktiver machen? Denn von Projekten, die zu vernünftigen Folgekosten die Standortattraktivität insgesamt steigern, profitieren auf lange Sicht indirekt auch breite Bevölkerungsteile.

Sie haben ein sehr heisses Eisen angesprochen, das Thema Rheinaufweitung. Ich habe das Gefühl, dass sich da die Politik noch nicht so richtig ranwagt. Schliesslich wissen die Politiker, dass der Widerstand auf verschiedenen Seiten gross sein wird. Wären Sie dafür, dass da die Regierung dieses Projekt vorantreibt und einen entsprechenden Bericht und Antrag vorlegt?
Ich bin mir nicht sicher, ob die Zeit für einen Bericht und Antrag schon reif ist. Ich glaube, kontroverse Projekte müssen zuerst einmal breit diskutiert und die Vor- und Nachteile ausgelotet werden. Ansonsten werden diese Projekte nicht sachbezogen, sondern nur auf der emotionalen Schiene diskutiert.

Ja, wie das herauskommt, das haben wir bei der Hängebrücke gesehen. Sie persönlich, wie stünden Sie einer Rheinaufweitung gegenüber? Könnten Sie dem etwas abgewinnen?
Ich bin offen für solche Überlegungen, solange wir im Falle eines anderwärtigen Flächenbedarfes die Rheinaufweitung jederzeit auch wieder rückgängig machen können. Die Schwierigkeit wird sein, Flächen zu finden, die zu vernünftigen Kosten abgelöst werden können. Gelingt dies aber, könnten wir ein attraktives Naherholungsgebiet schaffen, um zu baden und eine besondere Natur zu geniessen. Auf diese Art und Weise könnten wir, ohne Boden zu verschenken, den Wert liechtensteinischen Bodens insgesamt steigern, weil Liechtenstein noch attraktiver würde.

Sie haben vorhin auch das Thema Sportstätten angesprochen. Ein sehr aktuelles Thema, im Januar müssen die Gemeinderäte über die Mitfinanzierung einer Kletterhalle in Schaan befinden. Das dürfte ein Balanceakt wie bei der Hängebrücke werden. Denken Sie, dass dieses Prozedere, das Sportstätten bis zu deren Bewilligung durchlaufen müssen, der Sache dienlich ist oder sind da zu viele Fallstricke eingebaut?
Grundsätzlich fände ich es besser, wenn man die Aufgaben zwischen Land und den Gemeinden weitgehend trennt. Im Bereich der Sportstätten könnte es Landessportstätten geben, für die vornehmlich das Land und vielleicht noch die Standortgemeinde aufkommen. Für alle anderen Sportstätten wären die Gemeinden verantwortlich. Damit die Sportstätten an den geeignetsten Orten gebaut werden, wäre bei den Sportstätten aber weiterhin wichtig, im Sinne einer guten Raumplanung eine enge Abstimmung zwischen Land und Gemeinden sicherzustellen.

Es gibt einen Mechanismus, dieser ist im Sportstättenkonzept festgehalten. Ist dieser Ihrer Meinung nach also zu kompliziert?
Wenn sowohl das Land als auch alle Gemeinden einer Landessportstätte zustimmen müssen, dann ist dies natürlich ein komplizierter Entscheidungsfindungsprozess. So kann eine Sportstätte abgelehnt werden, wenn nur eine einzige Gemeinde - womöglich noch aus anderen Gründen, die nichts mit der Sportstätte direkt zu tun haben - dagegen stimmt. Daher könnte es sinnvoller sein, dass die Entscheidung bei Landessportstätten ausschliesslich beim Land oder vielleicht noch bei der Standortgemeinde liegt.

Das Thema Entflechtung der Gemeinde- und Staatsfinanzierung ist ja auch sonst ein Dauerbrenner. Die Stiftung Zukunft.li hat ja vor einiger Zeit eine Studie zum Finanzausgleich vorgelegt. Seither ist jedoch nicht viel passiert. Wäre es nicht an der Zeit, dieses Thema mal konkret anzupacken?
Ja, meiner Ansicht nach wäre es jetzt ein guter Zeitpunkt, um über weitere Entflechtungen der Gemeinde- und Staatsaufgaben und damit auch deren Finanzierung nachzudenken.

Ich nehme es so wahr, dass aufseiten der Gemeinden ein Interesse bestehen würde, aber aufseiten des Landes noch nichts wirklich vorwärtsgeht.
Mein Eindruck ist, dass sowohl aufseiten des Landes als auch aufseiten der Gemeinden durchaus Bereitschaft dazu besteht.

Um die Finanzen geht es auch beim Thema Landesspital. Im Frühjahr wird der Landtag für das in Finanznot geratene Landesspital weitere Weichen stellen müssen. Die Medicnova ist in dieser Debatte auch ein grosser Faktor, denn für zwei scheint der Kuchen zu klein. Sehen Sie in dieser vertrackten Situation eine Lösung?
Die Situation ist in der Tat sehr schwierig. Im Grunde würde sich das Landesspital am besten auf die Bereiche konzentrieren, für die in Liechtenstein ein ausreichend grosser Gesundheitsmarkt vorhanden ist. Jetzt wird dieser Markt teilweise durch die Medicnova noch weiter verkleinert. Da stellt sich schon die Frage, wie viel bleibt für die beiden übrig. Daher wird man sich in nächster Zeit sehr genau überlegen müssen, welche Tätigkeiten des Landesspitals in Zukunft wirklich sinnvoll sind, wie man diese angeht und was das im Verhältnis Medicnova-Landesspital heisst.

Es gibt ja Leute, die sagen, am besten würde man ein neues Landespital neben die Medicnova bauen. Damit wäre dann beiden geholfen.
Die Herausforderung an einem Zusammengehen von Landesspital und Medicnova liegt vor allem auch in der Eigentümerstruktur der beiden Spitäler. Eine Diskussion darüber zu führen, schadet sicher nicht. Auch angesichts der ganzen Vorgeschichte wird es aber sicher nicht einfach, auf einen Nenner zu kommen.

> «Bei der S-Bahn bräuchte es neben einer Lösung mit Österreich auch ein deutliches Signal vonseiten der Wirtschaft.»

Auch nicht einfach ist die Suche nach Lösungen im Verkehrsbereich. In der Ostschweiz wird der Bahnverkehr ausgebaut. Auch in Vorarlberg wurde in den letzten Jahren massiv in den Bahnverkehr investiert, mit dem Resultat, dass viele auf den ÖV umgestiegen sind. In Liechtenstein ist ein Gegentrend spürbar. Heute benutzen weniger Leute den öffentlichen Verkehr als noch vor ein paar Jahren. Müsste die Liechtensteiner Regierung mehr Druck machen, damit hier auch wieder etwas vorangeht, beispielsweise bei der S-Bahn?
Ich glaube nicht, dass der Ausbau des Bahnverkehrs in der Ostschweiz und mehr Druck der Liechtensteiner Regierung dem S-Bahn-Projekt ausreichend neuen Schwung geben kann. Ich sehe diesbezüglich nur eine Chance, wenn zusammen mit Österreich und der Wirtschaft ein neuer Anlauf gelingt.

Sie sprechen die Wirtschaft an, die ja am meisten von der S-Bahn profitieren könnte. Sollten sich die grossen Unternehmen finanziell an dem Projekt beteiligen müssen?
Die grossen Unternehmen werden sich schon die Frage stellen müssen, wie sie so ein Projekt begleiten wollen. Bisher haben sie teilweise eher zurückhaltend kommuniziert. Um bei der Bevölkerung die nötige Akzeptanz zu erreichen, bräuchte es meiner Ansicht nach neben einer guten Lösung mit Österreich auch ein deutliches Signal vonseiten der Wirtschaft.

Denken Sie denn, dass diese S-Bahn noch wichtig wäre oder halten Sie es da so wie Verkehrsminister Daniel Risch, der findet, dass selbstfahrende Autos das Problem in Zukunft entschärfen könnten?
Es ist sehr schwer abzuschätzen, wie schnell solche selbstfahrenden Au-

Erbprinz Alois im Gespräch mit «Volksblatt»-Chefredakteurin Doris Quaderer.
(Fotos: Michael Zanghellini)

tos kommen werden. Die Frage ist dann auch, ob sich dies angesichts des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs in Liechtenstein so organisieren lässt, dass die Strassen tatsächlich entlastet wären. Klar, sollte man innovative Modelle anschauen und diese überprüfen. Aber die Strasse wird wahrscheinlich noch einige Zeit ein limitierender Faktor bleiben. Daher würde ich Strasse und Schiene parallel im Auge behalten.

Ein Thema, das mindestens so schwer zu lösen scheint wie das Verkehrsproblem, ist die Trennung von Kirche und Staat. Als vor 20 Jahren das Erzbistum gegründet wurde, hat man angefangen, diesen Prozess zu forcieren, bisher erfolglos. In zwei Gemeinden konnte keine Lösung mit dem Erzbistum gefunden werden, daher liegt jetzt das ganze Projekt auf Eis. Müsste es hier auch wieder einen neuen Anlauf geben?
Nun, es fehlt ja nicht mehr viel für eine Lösung. Nur noch in zwei Gemeinden sind Punkte betreffend der Aufteilung des Vermögens offen. Vielleicht hilft es, eine gewisse Bedenkzeit zu geben und zu schauen, ob ein Sinneswandel stattfindet und man doch noch eine Lösung finden kann.

Haben Sie da noch Hoffnung?
Naja, solche Themen, die mit vielen Emotionen behaftet sind, brauchen manchmal auch Geduld. Wenn man nach einer gewissen Zeit aus einem neuen Blickwinkel die Thematik beleuchtet, dann bieten sich vielleicht Lösungen an.

Denken Sie, dass man das noch lange hinauszögern kann. Nicht alle finden es gut, dass sie gezwungenermassen für die katholische Kirche mitzahlen müssen.
Wir sollten nicht ewig zuwarten. Wir könnten die Finanzierung der Religionsgemeinschaften auch ohne Lösung der Vermögensfragen mit der katholischen Kirche regeln. Aber eine solche Neuregelung ist ebenfalls nicht ganz einfach, weil heute die Finanzierung sowohl auf Landesebene als auch auf Gemeindeebene erfolgt.

Die Muslime in Liechtenstein bekommen beispielsweise gar keine Unterstützung, auch dem Wunsch nach einem islamischen Friedhof konnte bisher nicht entsprochen werden. Die Bürgergenossenschaft Vaduz wollte ein als ideal befundenes Grundstück nicht zur Verfügung stellen. Hätte man da wenigstens Hand bieten sollen?
Es ist schade, dass diese Lösung nicht zustande gekommen ist. Wenn kein landesweiter islamischer Friedhof möglich ist, dann sollten wir zumindest auf Gemeindeebene Lösungen für die muslimische Bevölkerung schaffen.

Im November weilte der Menschenrechtskommissar Nils Muiznieks in Liechtenstein, auch Sie haben ihn auf Schloss Vaduz empfangen. Er mahnte im Zuge dessen die restriktive Gesetzgebung bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs an. Er hofft, dass dem Recht auf Abtreibung auch in Liechtenstein stattgegeben wird. Sehen Sie da eine Chance, Sie sind ja da – sagen wir mal – der limitierende Faktor?
Wir haben in Liechtenstein heute eine sehr gute Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Ich bin dagegen, den Schutz des Lebens – das wichtigste Menschenrecht, nicht nur in Liechtenstein, sondern letztlich auch für den Europarat – durch eine Fristenregelung unnötig zu schwächen. Damit entspreche ich zwar nicht der Meinung des derzeitigen Mainstreams in Europa, den der Menschenrechtskommissar wohl vertreten muss, aber wir müssen uns auch nicht überall dem Mainstream anpassen.

> «Vielleicht hilft es, eine gewisse Bedenkzeit zu geben und zu schauen, ob ein Sinneswandel stattfindet.»

Haben Sie das Thema mit ihm diskutieret, als er auf Schloss Vaduz war?
Der Menschenrechtskommissar hat nur erwähnt, dass er dieses Thema in seinem öffentlichen Statement kurz ansprechen wird. Die Schwerpunktthemen unserer Diskussion wie auch seines Besuches generell waren jedoch die Behindertengleichstellung und der Anteil der Frauen in der Politik.

Bei Letzterem hat er sich ja für eine Quote in Liechtenstein ausgesprochen. Wenn keine anderen Vorschläge vorhanden seien, dann rate er durchaus, eine Geschlechterquote zu testen, sagte der Kommissar in Vaduz. «Frauenquote» wurde sogar zum Wort des Jahres gewählt. Wären Sie dafür, dieses Experiment zu wagen?
Nein. Wenn man anschaut, wer in den Landtag gewählt wird, dann sind dies primär jene Personen, die bekannt sind. Das liegt wahrscheinlich auch an der Kleinheit des Landes. Hier zählen weniger die grossen Wahlkampfauftritte, sondern mehr die generelle Bekanntheit. Und diese erhält man vor allem in Führungspositionen. Um mehr Frauen nachhaltig in Führungspositionen zu bekommen, benötigen wir aber eine möglichst gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Frauenquote für den Landtag wäre hingegen eine kurzfristige Symptombehandlung und keine langfristige Lösung.

Kürzlich hat Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut eine spezielle Idee eingebracht – quasi getrennte Wahllisten, da würden dann Frauen gegen Frauen und Männer gegen Männer antreten. Was halten Sie von solchen Vorschlägen?
Soweit ich diesen Vorschlag verstehe, würden einfach anstelle oder zusätzlich zu den Wahlkreisen Oberland und Unterland noch zwei Wahlkreise für Frauen und Männer hinzukommen. Meiner Ansicht nach würde damit nur in Form von getrennten Wahllisten de facto eine Frauenquote eingeführt.

Ja, dafür wären dann die Wahlkreise Oberland und Unterland hinfällig.
Ich glaube nicht, dass bei einem solchen Modell zwangsläufig die Wahlkreise Oberland und Unterland abgeschafft werden müssten. Zwar wirken diese Wahlkreise auch wie eine Quote, sie sind aber primär historisch zu sehen, weil Liechtenstein aus der Grafschaft Vaduz und der Herrschaft Schellenberg entstanden ist. Solche historischen Wahlkreise sind auch in anderen Ländern üblich. Man kann natürlich darüber diskutieren, ob man diese Wahlkreise noch haben möchte. Ich sehe es aber nicht als unser vordringlichstes Problem, daran etwas zu ändern. Problematisch finde ich hingegen, in die andere Richtung zu gehen und neue Kreise oder Quoten einzuführen. Neben einer Frauenquote könnte man dann nämlich auch Quoten für eine bessere Repräsentation von heute unterrepräsentierten Altersgruppen und Berufsgruppen und Ähnliches diskutieren. Diese Richtung halte ich nicht für zielführend.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Anlässlich des 50. Geburtstags Ihrer Gemahlin Erbprinzessin Sophie antwortete sie im «Volksblatt»-Interview auf die Frage, ob sie nicht ab und zu gerne mit Ihnen tauschen möchte, wie folgt: «Oh nein, ich möchte nicht tauschen, weder beruflich noch privat! Ich habe in meiner Rolle die wesentlich grössere Freiheit, mein Leben zu gestalten, als mein Mann. Vielleicht fragen Sie ihn einmal, ob er nicht mit mir tauschen möchte?» Nun, würden Sie gerne tauschen?
(lacht) Ich habe viele Interessen und ich finde auch viele Aufgaben, die meine Frau wahrnimmt, sehr interessant. Daher bin ich mir sicher, dass ich mich auch in ihrer Rolle nicht langweilen würde. Aber ich finde meine Rolle auch sehr spannend und vielfältig. Daher habe ich keinen Wunsch nach einem Rollentausch.